

Frieden hergestellt haben werden. Er hoffe, in der nächsten Zeit mit dem französischen Ministerpräsidenten zusammenzutreffen und vertraue darauf, daß das Ergebnis eine vollständige Freundschaft zwischen England und Frankreich sein werde.

London, 16. Juni. In gutunterrichteten Kreisen glaubt man, daß die Aussprache zwischen MacDonald und Herriot auf alle politischen Probleme sich erstrecken wird, welche insbesondere Europa im allgemeinen interessieren. Herriot werde bei MacDonald auch vor allen Dingen die Frage der interalliierten Schulden ansprechen. Immerhin werde das Hauptthema der Verhandlungen Durchführung des Dawes-Planes sein. Den Besprechungen, die MacDonald seit seiner Ankunft in London mit Thomson hat, mißt man in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung bei. Thomson kennt die meisten politischen Persönlichkeiten Deutschlands und hat mit den politischen Persönlichkeiten Frankreichs aller Parteilichheiten bereits seit längerer Zeit Fühlung genommen. So kennt er besonders Barthou und Blum.

Dughes kommt nach Paris?

Paris, 16. Juni. Ende Juli erwartet man in Paris den Besuch einer Abordnung der Abolatenkammer des Vereinigten Staaten. Nach dem „Matin“ ist es nicht ausgeschlossen, daß Staatssekretär Dughes, der ehemalige Vorsitzende der Abolatenvereinigung in Newyork, sich an der Reise beteiligen wird.

Verlängerung der Mikum-Verträge

Düsseldorf, 16. Juni. Die gestrigen Verhandlungen zwischen der Sachsekommission und der Mikum dauerten von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. Nachdem anfänglich keine Einigung zu erzielen war, konnte man sich nach einer längeren Pause auf folgende Formel verständigen: Der am 15. Juni ablaufende Vertrag zwischen der Mikum und dem Ruhrgebiet wird unverändert bis zum 30. Juni verlängert. Es wurde vereinbart, daß das nächste am 1. Juli abzuschließende Abkommen hinsichtlich der Kohlenpreise, der Zölle und anderen Gebührenden rückwirkende Kraft vom 18. Juni an erhalten kann.

Die Anstreisperr

Berlin, 16. Juni. (Drahtbericht.) Heute nachmittags 4 Uhr findet eine Kabinettsitzung statt, auf deren Tagesordnung in erster Linie die Beratung der Anstreisperr steht, die in der vorigen Woche infolge der Eisenbahner- und Mikumverhandlungen abgesetzt worden war. Es besteht eine Mehrheit im Kabinett für die Befestigung dieser Sondersteuer. Im allgemeinen soll Neigung bestehen, einer Beschränkung der Grenzländer, die zum Teil auf den deutschen Verkehr, wie auch Deutschland auf den Verkehr mit den Grenzländern angewiesen ist, statzugeben werden. Man glaubt, daß in dieser Beziehung sehr schleunigst Abschlüsse geschaffen werden wird, so daß die 500 Mark Verordnung aus der Welt geschaffen wird.

Kein Streik der Eisenbahner

Durch das Eingreifen des Reichshanzlers Marx. Berlin, 16. Juni. Sonnabendnachmittag haben die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften (Gewerkschaftsbund, freie Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften) über die Beilegung des Eisenbahnerkonfliktes stattgefunden. Sie wurden von dem Reichshanzler Dr. Marx geleitet und haben zu einem vollen Erfolg geführt. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde folgendes Abkommen getroffen: Außer den ab 1. Juni 1924 bereits durch Verwaltungsanordnungen eingeführten Lohnherabsetzungen werden noch folgende Verbesserungen zugesagt: 1. Die zurzeit für den 24jährigen Arbeiter der Ortsklasse A festgesetzten Lohnsätze werden ab 1. Juni 1924 um fünf Prozent erhöht. Die übrigen Lohnsätze werden dementsprechend nach der bisherigen Staffelung berechnet. 2. Bei den Bahnunterhaltungsarbeitern fällt ab 1. Juli d. J. die zehnte Arbeitsstunde weg. Die Verhandlungen über die Dienstdauervorschriften sollen im Laufe der nächsten Woche stattfinden.

Die Außenpolitik des Kabinetts Marx

Eine Rede Stresemanns. Karlsruhe, 16. Juni. In einer anlässlich der Tagung der süddeutschen Arbeitergemeinschaft der Deutschen Volkspartei in Karlsruhe veranstalteten öffentlichen Versammlung sprach der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann über die politische Lage. Gegenüber der heutigen Situation vertrat der Minister den Standpunkt: Wir ziehen die Konsequenzen aus dem verlorenen Kriege und gehen die Kriegsschuldigen an, aber wir lehnen es ab, als die moralisch Verantwortlichen irgend welche Wiederergänzungen zu leisten. Der Außenminister wandte sich gegen die Anschauung des Auslandes, daß das Deutsche Reich in einer glücklichen Situation sei, weil es keine Kriegsschulden zu bezahlen habe. Den Verpflichtungen in Frankreich ständen die Verwüstungen gegenüber, die im deutschen Volk durch die Proletarisierung der weitesten Schichten der Spätere und Anleihebesitzer hervorgerufen worden seien. Sobald die Endsumme unserer Verpflichtungen sich überschauen lasse und aus dem deutschen Budget sich Ueberschüsse ergäben, würde auch diese Frage der Verpflichtungen des Reiches gegenüber diesen Gläubigern praktisch zur Erörterung stehen. Gegenüber der Behauptung Poincarés, daß Deutschland zahlen könne, aber nicht zahle, steht die Behauptung des Sachverständigenrats, daß Deutschland gegenwärtig aus seinem Budget nicht zahlen dürfe, weil es dann seine Währungsruine. Damit falle jeder Vorwand für die Anleihebesetzung zusammen. — Die Normalleistungen des Auslandes seien von den Sachverständigen überschätzt. Ist das Ausland die Lösung der Reparationsfrage, dann ist es auch das Ende aller Methoden, die während des Ruhrkampfes als Kriegsmethoden angewandt worden sind. Das gilt auch für die militärische Räumung des Ruhrgebietes, die zu einem bestimmten Termin in Aussicht genommen werden muß. Den nationalen Verbänden selbst und den vielfach äußerlichen Demonstrationen gegenüber sei aber hingewiesen auf den Wahlspruch Voltas: Mehr sein als scheinen! Der neuen französischen Regierung stehen wir ohne Illusionen, aber auch ohne Voreingenommenheit gegenüber. Unsere Aufgabe ist es, einen Weg zu finden, der das Nebenanderleben von Frankreich und Deutschland sicherstellt. — Am Schluß seiner Ausführungen erklärte Dr. Stresemann, daß er eine andere Methode der Außenpolitik als diejenige des Verfalls einer Verständigung auf der Grundlage wirtschaftlichen Nebeneinanderlebens der Nationen nicht sehe. Unsere Aufgabe sei, das Reich zu erhalten, die besetzten Gebiete von allen vertragswidrigen Lasten zu befreien und so die Grundlage für einen künftigen Wiederaufstieg zu sichern. (Lebhafte Beifall.)

Der Reichsfinanzminister über die Kreditnot

Von Vermont, 16. Juni. In einer Versammlung des niederländischen Wirtschaftsverbandes in Vermont führte Reichsfinanzminister Dr. Luther aus: Seit die Rentenmarkt geschaffen wurde, hat das deutsche Volk allzu schnell vergessen, wie es früher war. Ich warne davor, daß wir in die alte Trümmerei verfallen, auch angesichts des Sachverständigenrat-

Der Ausbau der sächs. Zentrumspartei
Tagung des Landesvorstandes

Der am 6. April neu gewählte Landesvorstand der Sächsischen Zentrumspartei hielt am Sonntag, den 15. Juni seine erste Sitzung ab. Siebzehn Vertreter aus allen Teilen des Landes waren zugegen. Der

Landesvorstand des Regierungsrat Dr. Flügler begrüßte die Erschienenen und legte in klaren und knappen Ausführungen die Lage der Reichs- und Landespartei dar. Die Sächsische Zentrumspartei habe bei den letzten Wahlen, wenn man die Umstände bedenke, unter denen in den Wahlkampf hineingegangen werden mußte, sehr gut abgeschnitten. Es sei die größte Ausdehnung vorhanden, daß der kleine Rückgang an Stimmen, der in der Hauptsache durch das Auftreten der Wendischen Volkspartei zu erklären sei, bei den nächsten Wahlen mehr als wett gemacht werden könne. Einen Beweis dafür bietet der Erfolg, mit dem das Zentrum in den anderen Teilen des nordostdeutschen Gebietes abgeschnitten habe. In diesen Gebieten, vor allem in Brandenburg und in den Hansestädten, werde jetzt mit einer Lebhaftigkeit und einem Erfolg gearbeitet, der in den Jahren vor dem Kriege unerbört gewesen wäre. Das Reichszentrum sei aus dem Ringen am 4. Mai auf der ganzen Linie als Sieger hervorgegangen. Es habe zu seinen 84 Sitzen noch einen Sitz hinzuerobert. Diese Tatsache sei angesichts des Umstandes, daß die Partei während der schwierigsten und kritischsten Zeit in der Verantwortung gestanden habe, ein voller Beweis dafür, daß die Politik des Zentrums nach wie vor die Billigung und das Vertrauen gerade der breiten Schichten des Volkes habe. Die durch das Zentrum in den Wochen vor der Wahl verfolgte Politik sei die einzige, die auch bei allen künftigen Wahlen möglich und nützlich sein könne: Nicht allein Verteidigung, sondern auch, wenn nötig, eine Offensive gegen die Parteien, die sich während der vorübergehenden Legislaturperiode von der Verantwortung gedrückt hätten. Es sei zu hoffen und zu wünschen, daß die Propaganda in dieser scharfen und selbstbewußten Form auch nach der Wahl fortgesetzt werde, daß man sich mit solcher Inanspruchnahme vor allem auch an die Jugend wende. Der Redner wies darauf hin, daß die Lösung der politischen Krise im Reich nur eine vorläufige genannt werden könne. Diese Zwischenlösung einer Minderheitsregierung werde aller Wahrscheinlichkeit nach zwar bis zur Erledigung der Weisung anhalten, die sich aus dem Sachverständigenratentscheidungs zwangsäufig ergäbe. Dann aber könne jeder Tag die Notwendigkeit des Austrittes für das Kabinett Marx bringen. Es sei absolut notwendig, daß die Zentrumspartei im Lande mit dieser Möglichkeit rechnen. Wir müssen jeden Tag bereit sein in einen neuen und noch schwereren Wahlkampf hineinzugehen.

An die Ausführungen des Landesvorstandes schloß sich eine Ansprache an, in der u. a. Herr Stadtrat Prager, Danneberg, Herr Direktor Grahmann, Chemnitz, Herr Gewerkschaftssekretär Kowal, Leipzig, und Herr Kantor Günther, Kreisvorsitzender für die Südsachsen, zu Worte kamen. Die Redner stellten sich in voller Einmütigkeit hinter die von dem Landesvorstand vertretenen Politik. Mit Befriedigung wurde festgehalten, daß es heute mit dem Zentrum in Sachsen wieder auf der ganzen Linie vorwärts geht, daß praktische Arbeit, sachliche Aufklärung geschieht und infolgedessen der Wille zur Arbeit wieder überall frisch und lebhaft zutage tritt. — Die Einzelheiten der Vorbereitung einer möglichen Reichs- und Landtagswahl wurden eingehend durchgesprochen. Der Landesvorstand versprach, die ihm gegebenen wertvollen Anregungen zu berücksichtigen.

Generalsekretär Dr. Debschke referierte über den Stand der Organisation in Sachsen. Aus der Periode der Mäßigkeit sei man nun vollkommen herausgekommen. Während des Wahlkampfes hätten die Ortsgruppen eine Wiebergeburt erfahren, die sie fähig machte, allen gerichtenden Einflüssen von außen und innen siegreich zu widerstehen. Leipzig, die Südsachsen und Dresden seien die drei Hauptstützen, die eifrig zusammen die Sache des Zentrums in Sachsen gearbeitet; welchen werde nach wie vor mit Hingebung und Erfolg gearbeitet; gerade der Wahlkreis Chemnitz habe bei dieser Wahl mehr Stimmen gehabt als jemals. Während hervorzuheben sei auch die aufopfernde Arbeit, die in vielen kleinen Ortsgruppen geleistet werde, vor allem habe man in Reichen und Kadoberg die Ortsgruppe ganz neu und vorbildlich wieder aufgebaut. In Weinböhla sei eine neue Ortsgruppe gegründet worden, Neugründungen in Königstein und Wilmelsdorf würden im Laufe des nächsten Monats erfolgen. Zwei Ziele müsse man bei dem weiteren Ausbau der Ortsgruppen im Auge haben: Einmal müsse die Organisation des Vertrauensmännerkreises überall dort, wo sie nur in Ansätzen vorhanden sei, sorgfältig durchgeführt werden. Zweitens müßten die Ortsgruppen bestrebt sein, über die Grenzen des Ortes hinaus in allen umliegenden Gemeinden Leute ihres Vertrauens sich zu sichern, die die nötige Aufklärungs- und Wahlarbeit übernehmen. Auf diese Weise könne die Organisation sich tatsächlich über ganz Sachsen ausbreiten, nur durch solche Arbeit sei es möglich, die Zentrumstimmen auf die Zahl zu bringen, die sie verliere mit der Zahl der wahlberechtigten Katholiken in Sachsen und verliere mit dem Ergebnis der Abstimmung über die konfessionelle Schule tatsächlich haben könnten.

Der Landesassessor, Koochele Kränker, gab einen Überblick über die finanzielle Entwicklung der letzten Monate. Aus geradem Wege verzweifelt man sich man jetzt langsam zu der Möglichkeit einer planvollen Rechnung und Finanzwirtschaft gekommen. Die Stabilisierung biete die Möglichkeit, das Volkswesen mit einer Sicherheit auszubauen, die in den letzten Jahren lediglich die Inflation immer wieder zerstört hätte. Der Landesvorstand erteile dem von dem Kassierer vorgelegten Plan für die Finanzierung des Landesverbandes seine Genehmigung. Der Landesvorstand sah zum Schluß folgende

Resolution:

Der Landesvorstand billigt die von dem Landesvorstand verfasste Politik in allen Punkten. Er fordert alle Ortsgruppen und jeden einzelnen Zentrumswähler in Sachsen auf, sich mit ganzer Kraft für den Ausbau der Partei einzusetzen. Die Durchführung des Vertrauensmännerkreises ist die vornehmste Bedingung für wachsende Erfolge bei künftigen Wahlen. Die Vorbereitung für die „Sächsische Volkszeitung“ muß mit dem Hand in Hand gehen; denn nur durch die Presse können wir dauernd Fühlung mit der Wählerschaft behalten. In wahlberechtigten Abständen abgehaltene Versammlungen, in der Vertreter der Reichs- und Landespartei zu Worte kommen, werden einen Überblick über das Geleistete und Rat zu neuer Arbeit schaffen.

Der Landesvorstand dankt allen, durch deren aufopferungsvolle Arbeit die Wahl am 4. Mai zu einem Erfolge für die Zentrumspartei auch in Sachsen geworden ist. Mit neuen Wahlen müssen wir noch in diesem Jahre rechnen. Unsere Waffen müssen scharf bleiben. Keiner darf müde werden, jeder muß neue Streiter werden für die einzige Partei, die in den schweren Jahren nach dem Kriege wahrhaft christliche und vaterländische Politik getrieben hat, jeder muß unerschrocken weiterkämpfen für Wahrheit, Freiheit und Recht!

Zur Ermordung der russ. Zarenfamilie

Ein Nachtrag

Paris, 16. Juni. (Drahtbericht.) Im „Matin“ wird berichtet, daß General Janin, der Führer der französischen Mission in Sibirien, seinerzeit bei seiner Rückkehr aus Russland die eingehendsten Ueberreste der russischen Zarenfamilie mit nach Frankreich gebracht habe, um sie dem Großfürsten Nikolaus zu übergeben, und daß dadurch die letzten Zweifel an der Tragödie von Jekaterinburg verschwinden müßten.

Erst heute berichtet General Janin im „Matin“ näheres: Wir wurde die schwierige Aufgabe, die Ueberreste des Kaisers Nikolaus II., der Kaiserin und des Zarenwittwe, der jungen Großfürsten und zweier Diener nach Frankreich zu bringen, um sie dem Großfürsten Nikolaus zu übergeben. Diese sterblichen Ueberreste konnten nicht mehr voneinander getrennt werden. Zu erkennen ist nur noch ein Finger, den die Sachverständigen für einen Finger der Kaiserin halten, da es der Manikürfinger einer alten Dame ist. Ferner sind vorhanden verholzte Edelsteine, Ueberreste von verbrannten Kleidern, die Gürtelschnalle des Zarenwittwe, Uniformknöpfe, mehrere Fingerringe und ein kleiner Klumpen Menschenhaare. Nach der Mehelei im Hause von Zpatoff, dem Ketter der kaiserlichen Familie, wurden die Leichen in einem nahen Walde verbrannt und zwar in großer Eile. Jedemfalls nahm man den Leichnamen nicht alles Wertvolle ab. Die Asche der vorhandenen Gegenstände umfaßt 311 Nummern. Sie befinden sich in einem einfachen Schrein, der wieder in

einem einfachen Koffer steht. Das ist das Grab der russischen Kaiserfamilie.

Außerdem hat Janin noch drei andere Koffer mit dem Bericht des Untersuchungsrichters Sopoloff und einigen Beweisstücken sowie die Kisten aus dem Täfelung des Nordzimmers mit, die er in Jekaterin von dem General Niederich und dem Lehrer des Zarenwittwe Willard erhalten hat. Er hat sie auf Ersuchen des Großfürsten Nikolaus, dem früheren Volkshüter in Rom von Oders übergeben. Janin berichtet ferner, daß die Großfürstin Witwe Elisabeth des Großfürsten Sergius, der junge Großfürst Sergius Mikolajeff, die beiden Söhne des Großfürsten Konstantin Iwan und Dimitriw und der Sohn der Prinzessin Katerin in der Nähe von Krasnodar in einem Grubenloch getötet worden seien. Man habe ihnen Holzstücke und Brennstoff nachgegeben. Großfürst Dimitriw habe bei dieser Gelegenheit seine Lebensgefährtin aufgefunden, mit zu zeigen und mit lauter Stimme religiöse Lieder gesungen. Janin habe den Toten von Krasnodar eine Grabstätte auf dem russischen Friedhof von Peking gesichert. Jedoch sei die Leiche des Großfürsten Sergius, der mit der serbischen Königsfamilie verwandt war, nach Belgrad gebracht worden.

In dem letzten Absatz will der Verfasser des „Matin“-Artikels, der die Ausführungen Janins wiederholt, darlegen, daß der Untersuchungsrichter die Mitverantwortung eines solchen Generalstabes an der Ermordung Nikolaus II. festgestellt haben.

astens. In unserer großen Not gibt es kein schnelleres Heilmittel für uns, kann es nur ein langsames Arbeiten und Emporschaffen geben. Die Regierung kennt genau das große Geheimnis: Der Mangel an Geld; der Mangel an Kredit. Wir müssen Anstanderträge haben, um arbeiten zu können. Wenn wir heute in eine Inflation geraten, dann laufen wir in eine Katastrophe... Der Zahlungsmittelumlauf stellt sich heute auf etwa drei Milliarden Goldmark, während in den Inflationstagen nur etwa 800 Millionen Goldmark im Umlauf waren. Wir haben also heute mehr Goldmark im Umlauf, als damals. Eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung ist es, das Steuersystem dem kommenden Verhältnissen anzupassen. Unser Währungs muß unbedingt gehalten werden. Jeder muß zu keinem Teile mit ansparen, um zu retten, was zu retten ist, nämlich das deutsche Volk und das deutsche Vaterland.

Der Sozialdemokratische Parteitag

Berlin, 16. Juni. In der Sonnabendtagung des Sozialdemokratischen Parteitages wurden vor Eintritt in die Tagesordnung seitens des Vorsitzenden Otto Wels anlässlich der Ermordung des italienischen Kameradeglieds Matteotti Worte des Gedenkens an den Parteitag gerichtet. Hierauf wird die Resolution, welche die Zugehörigkeit zur Internationalen Arbeiter-Hilfe als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei erklärt, angenommen.

Im Anschluß an den Sozialdemokratischen Reichsparteitag fand im Sitzungssaal des Preussischen Landtags ein Sozialdemokratischer Frauenkongreß statt. Eröffnete begrüßte den Kongreß im Namen des Parteivorstandes. Er hob hervor, daß auch in den Kreisen der Frauen der Widerstand gegen die Gleichberechtigung der Frau überwunden werden müsse. Frau Juchacz wurde sodann zur Vorsitzenden gewählt. Sie nahm folgende das Wort zu dem einzigen Referat des Tages: „Die Frau und die Reichstagswahlen“. Die Gefahr für die Republik würde weiter bestehen, wenn es nicht möglich wäre, in die Passivität der Frauenmassen eine Fresse zu schlagen. In der Aussprache wurde bedauert, daß die Zahl der weiblichen Abgeordneten sich so verringert habe. Als letzte Rednerin er-

hielt Frau Strichmann, Köln, als Vertreterin des besetzten Gebietes das Wort.

Zu dem Stettiner Graffprozess

Berlin, 16. Juni. Der heute in Stettin beginnende Prozess gegen die Schutzpolizisten Raff, Schwirrat und Engeler hat ein erhebliches politisches und kriminelles Interesse. Als Mörder des am 22. März 1922 erschossenen belgischen Leutnants Graff haben die belgischen Behörden den Polizeileutnant Reinhardt sowie die Polizeigewaltmeister Riebbe und Klein zum Tode verurteilt; die Verurteilten befinden sich im Zuchthaus zu Löwen. Die drei in Stettin jetzt vor Gericht stehenden Schutzbeamten haben sich freiwillig gestellt. Von Seiten des belgischen Sachverständigen ist bereits festgestellt worden, daß die tödlichen Schüsse auf Graff aus den Pistolen des Raff und Engeler stammen müssen. Für die von dem belgischen Gericht Verurteilten ist es gelungen, ein Alibi-beweis zu erbringen.

Nach dem Mord an Matteotti

Im Zusammenhang mit dem Verschwinden des sozialistischen Abgeordneten Matteotti ist der Direktor des sächsischen offiziellen „Corriere Italiano“ verhaftet worden. Er wurde unter starker Bedeckung dem Untersuchungsrichter vorgeführt. In seinem Hause wurde eine polizeiliche Durchsuchung vorgenommen.

Deutscher Kraftwagen-Sieg in Mailand

Mailand, 16. Juni. Im internationalen Automobilrennen legten die deutschen Rennfahrer Christian Rieden und Hans Verhoff auf einem Tag-Wagen. Er hatte eine Strecke von 2582 Kilometern zurückgelegt. Der 10/40 P.S. Tag-Sportwagen ist als erster im Weltumfliegerrennen des Großen goldenen Schilbes von Italien. Die vom Wagen zurückgelegte Strecke stellt die längste Strecke dar, die jemals von einem Fahrzeug innerhalb 24 Stunden ununterbrochen durchgemessen wurde. Die Stundengeschwindigkeit betrug im Durchschnitt 110 Kilometer. Der Wagen war mit Continental-Gord-Reifen ausgerüstet.